

Wahlprüfstein DIE LINKE

Verband Lebensmittel ohne Gentechnik e.V.
Chausseestr. 8/F
10115 Berlin

gentechnikfreie Lebensmittel

1. Eine Erweiterung der EU-Kennzeichnungspflicht auf Produkte von Tieren, die mit gentechnisch veränderten Pflanzen gefüttert worden sind, ist derzeit politisch nicht durchzusetzen. Halten Sie die deutsche „Ohne Gentechnik“-Kennzeichnung von Lebensmitteln vor diesem Hintergrund für sinnvoll, um Verbrauchern mehr Wahlfreiheit beim Einkauf zu ermöglichen?

DIE LINKE lehnt die Agro-Gentechnik ab. Wir befürworten möglichst strenge und damit umfassende Kennzeichnungspflichten. Dazu gehört selbstverständlich auch, dass Produkte von Tieren, die mit gv-Futtermitteln gefüttert wurden, gekennzeichnet werden müssen. Die „Ohne-Gentechnik-Kennzeichnung“ unterstützen wir. Sie ist ein erreichbarer Kompromiss in die richtige Richtung und ermöglicht mehr Transparenz. Damit verbinden wir die Hoffnung, dass Verbraucherinnen und Verbraucher die Möglichkeit erhalten, risikoorientierte Entscheidungen zu treffen und dadurch die gv-Anbauflächen (im globalen Süden) zu reduzieren. Die Ohne-Gentechnik-Kennzeichnung sollte aber weiterentwickelt, beispielsweise die Übergangsfristen der Fütterungszeit mit gv-Futtermitteln verringert werden.

2. Die Bundesrepublik Deutschland ist Inhaber der Markenrechte für das einheitliche „Ohne Gentechnik“ Siegel. Sollte die Bundesregierung die Bekanntheit des Siegels bei Verbrauchern steigern und wenn ja mit welchen Maßnahmen?

Ja. DIE LINKE im Bundestag hat in den vergangenen Jahren immer wieder gefordert, dass eine Informationskampagne für das „Ohne-Gentechnik-Siegel“ gestartet werden muss. Sie sollte sich an der damaligen Ökosiegel-Kampagne im Rahmen des BÖL orientieren.

3. In den Verhandlungen um das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA werden die Zulassungsbestimmungen für gentechnisch veränderte Pflanzen ein strittiges Thema sein. Wird Ihre Partei ihren Einfluss auf EU-Ebene geltend machen, um zu verhindern, dass europäische Standards zugunsten des von den USA eingeforderten erleichterten Marktzugangs für gentechnisch veränderte Pflanzen aufgeweicht werden?

DIE LINKE lehnt das geplante Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU aus vielfältigen Gründen ab. Besonders kritisch sehen wir dabei den Ernährungs- und Agrarbereich und befürchten einen Abbau des in der EU etablierten vorsorgenden Verbraucherschutzes. Daher haben wir – wie beim Kulturbereich – die Herausnahme dieses sensiblen Bereiches vom Verhandlungsmandat gefordert. Selbstverständlich werden wir alle

in der EU zu Recht strengen Vorgaben im Umwelt-, Verbraucher- und Chemikalienrecht verteidigen, dazu gehört auch die Risikotechnologie Agro-Gentechnik.